

Guten Tag, meine Damen und Herren,

Der Spiegel hat am 14.06.2017 über den beklagenswerten Zustand der Oberflächengewässer in Deutschland berichtet. Peter Meiwald, Sprecher für Umweltpolitik von B'90/Die Grünen im Bundestag, wird mit der Aussage zitiert, dass die Umweltbilanz der Bundesregierung im Bereich des Gewässerschutzes verheerend sei, der Gewässerschutz werde vernachlässigt. Seine Kollegin Annalena Baerbock ergänzt: „Über die Hälfte aller Gewässer sind in einem miserablen ökologischen Zustand, das können wir nicht zulassen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Flüsse wieder zu Lebensadern der biologischen Vielfalt werden.“

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/fluesse-und-seen-haelfte-deutscher-gewaesser-oekologisch-verarmt-a-1151998.html>.

Inhaltlich können wir nur zustimmen. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) verlangt von den Mitgliedsstaaten, ihre Gewässer bis 2015 in einen „guten ökologischen und chemischen Zustand“ zu versetzen. Von einer ziel konformen Umsetzung der EU-WRRL kann in Deutschland aber nicht die Rede sein. Hier ist die Bundesregierung federführend, die Verantwortung liegt aber bei den Bundesländern.

An Werra und Weser haben die Bündnisgrünen den Gewässerschutz verraten

Wir können allerdings nicht erkennen, dass die Bündnisgrünen – abgesehen von leicht durchschaubaren Lippenbekenntnissen – etwas zum Gewässerschutz und zur frist- und zielgerechten Umsetzung der EU-WRRL beigetragen hätten. Am Beispiel der Versalzung von Werra und Weser sowie des Grundwassers durch die Abwässer des Kaliherstellers K+S zeigt sich uns eine besonders betrübliche Rolle der Partei. In der Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGE Weser) waren in den letzten Jahren fünf grüne Umweltminister mit der Umsetzung der EU-WRRL befasst (Thüringen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen). Leider müssen wir feststellen, dass diese Minister die Versalzung der Flüsse und des Untergrundes nicht nur geduldet, sondern sogar verschärft und vorangetrieben haben. Von einer ziel- und fristkonformen Umsetzung der EU-WRRL kann nicht die Rede sein. Das wäre aber nicht nötig, denn der Stand der Technik erlaubt eine erhebliche Reduzierung des Salzabstoßes. Die grünen Umweltminister haben sogar hilfreiche Hinweise des EU-Kommission nicht aufgegriffen.

Der Widerspruch zwischen Worten und Taten könnte kaum auffallender sein. Wir haben deshalb die Gelegenheit genutzt, die Bundestagsfraktion von B'90/Die Grünen in einem Offenen Brief darauf aufmerksam zu machen, dass grüne Politik auf Länderebene ihre Wahlkampfaussagen zum Gewässerschutz als hohle Phrasen erscheinen lässt.

Peter Meiwald hat inzwischen auf den Offenen Brief geantwortet. In dem nachfolgenden Faktencheck befassen wir uns mit seinen Äußerungen zur Werra-Weser-Versalzung.

--

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Walter Hölzel

WWA

Werra-Weser-Anrainerkonferenz e.V.